

## Bundespolitiker greifen Fässler an

Der St. Galler Justizdirektor Fredy Fässler hat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Es geht um Demonstrationen in Zeiten von Corona.

Adrian Vögele aus Bern

Fredy Fässler hat mitten in ein Wespennest gestochen: In einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» äusserte sich der St. Galler Sicherheitsdirektor zu den Kundgebungen vom Wochenende gegen Rassismus. Darauf angesprochen, dass Demonstrationen mit über 300 Teilnehmern wegen des Coronavirus eigentlich nicht zulässig seien, sagte er, die Beschränkung der Versammlungsfreiheit sei nötig gewesen. «Aber jetzt werden die Leute sich langsam bewusst, was das für ein massiver Eingriff war. Da sich die epidemiologische Situation entspannt, beginnen die Leute wieder, ihre Grundrechte einzufordern. Ich finde das hochehrföhrlich.» Weil an manchen der Kundgebungen am Wochenende weit mehr als 300 Personen teilnahmen, löst diese Aussage grossen politischen Wirbel aus.

Nachdem bereits kantonale Politiker der bürgerlichen Parteien Fässlers Haltung zu den Demonstrationen in Frage gestellt haben (Ausgabe vom Dienstag), wird diese auch in Bundesbern zum Thema. CVP-Parteipräsident Gerhard Pfister schrieb auf Twitter: «Ein St. Galler SP-Regierungsrat findet Illegalität <hochehrföhrlich>. Falls er noch einen Funken rechtsstaatlichen Anstand hat, sollte er zurückertreten.»

### St. Galler SVP-Nationalräte fordern Entschuldigung

Am Dienstagmorgen verschickten die vier St. Galler SVP-Nationalräte Mike Egger, Esther Friedli, Roland Rino Büchel und Lukas Reimann eine Mitteilung, in welcher sie die Forderungen ihrer Kantonalpartei bekräftigten: Sie verlangen von Fässler «eine sofortige Entschuldigung für seine Aussagen und von der St. Galler Regierung eine Rüge». Dass ausgerechnet der für die Polizei zuständige Regierungsrat illegale Demonstrationen als hochehrföhr-

lich bezeichne, sei «ein Schlag ins Gesicht» der Bevölkerung, die sich an die Regeln halte. «Mehr noch: Es grenzt an Amtsmissbrauch», schreiben die vier Nationalräte. An einer kurzfristig anberaumten Medieninformation der SVP-Parteispitze in Bern ärgerte sich Präsident Albert Rösti: «Während Tausende von Schweizer Wirten und Veranstaltern vor der Pleite stehen, lassen die Behörden in den Schweizer Städten unbewilligte Demonstrationen mit Zehntausenden Teilnehmenden zu.» Das gehe so nicht. Die SVP fordere den Bundesrat auf, diese Ungleichbehandlung sofort zu beenden und sämtliche Restriktionen für Gewerbe und Wirtschaft aufzuheben. Auch Rösti bezeichnete Fässlers Aussagen als inakzeptabel. Esther Friedli ergänzte: «Ich fordere Regierungsrat Fredy Fässler auf: Entweder er büsst die Organisatoren und Teilnehmer der illegalen Demonstrationen oder er hebt die Bussen für die Unternehmen sofort auf.» Im Kanton St. Gallen seien ja einige Unternehmen, vor allem auch Gastrobetriebe, wegen Nichteinhaltung der Coronamassnahmen gebüsst worden.

### FDP erwartet ein Machtwort von Innenminister Alain Berset

Auch der FDP Schweiz sind die hohen Teilnehmerzahlen der Demonstrationen negativ aufgefallen. Der Auserrhoeder Ständerat Andrea Caroni schrieb auf Twitter: «Gelten die Coronaregeln eigentlich auch für Gutmenschen, oder nur für alle andern?» Die FDP reichte am Dienstag einen Vorstoss ein – und verlangt ein Machtwort von Innenminister Alain Berset. «Warum können sich 10 000 Menschen in Zürich versammeln, wenn grössere Veranstaltungen mit mehr als 300 Teilnehmern immer noch verboten sind?» Berset müsse jetzt Klarheit schaffen, wie er geltendes Recht für alle durchsetzen wolle.



Viel Volk trotz Corona: An den Kundgebungen am Samstag in St. Gallen nahmen rund 1400 Personen teil. Bild: Benjamin Manser

### Nachgefragt

## «Ich bedaure, dass ich falsch verstanden wurde»

Am Montag und Dienstag an einer Klausurtagung der St. Galler Regierung teilnehmend, sah sich SP-Regierungsrat und Polizeidirektor Fredy Fässler mit unverhofften Reaktionen auf sein Interview mit dem «Tages-Anzeiger» konfrontiert und zu einem Statement auf Twitter genötigt. Bürgerliche Politiker im Kanton und in Bundesbern empörten sich über seine Aussagen zu den politischen Kundgebungen mit Tausenden Teilnehmenden. Die Aufregung und die Forderungen von Entschuldigung und Rüge bis hin zum Rücktritt haben ihn überrascht.

### Bereuen Sie Ihre Aussage und entschuldigen Sie sich?

**Fredy Fässler:** Ich bedaure, dass ich offensichtlich falsch verstanden wurde. Was ich «hoch erfreulich» finde, ist die Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Grundrechte wieder wahrnehmen dürfen und dies auch tun. Diese sind der Grundpfeiler unserer Demokratie, aber selbstverständlich müssen auch hier die Regeln eingehalten werden.

### Verstehen Sie die Empörung, beispielsweise jene des Auserrhoeder FDP-Ständerats Andrea Caroni,

### wonach ein Sicherheitsdirektor den «Regelbruch verhindern und nicht loben» müsse?

Ich kann verstehen, dass man aufgrund des Titels so reagiert. Doch ich wollte nicht illegales Tun bejubeln. Sondern ich zeigte mich erfreut, dass die Bevölkerung ihre politischen Rechte wieder einfordert.

### Die St. Galler SVP-Fraktion empfindet ihre Aussagen als Affront gegen die Polizei.

Das Gegenteil ist der Fall. Die Polizei wird mit Vorwürfen bombardiert, sie habe nichts unternommen. Wir müssen sie entlasten. Deshalb auch mein Appell an den Bundesrat, Vorgaben für Kundgebungen zu machen, die sich umsetzen lassen.

### Manche meinen, die Polizei hätte Demos wie jene in St. Gallen oder Zürich auflösen müssen.

Demos finden statt, ob wir wollen oder nicht. Selbstverständlich finde ich als Sicherheitschef die Übertretungen nicht gut. Aber Veranstaltungen mit Tausenden Leuten polizeilich aufzulösen, ist nicht möglich. Hätte die Polizei mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummischrot einschreiten sollen, bei

Demos gegen Polizeigewalt? Nein, wir müssen einen vernünftigen Umgang mit Kundgebungen finden.

### Sie meinen Demos mit Auflagen wie Maskenpflicht, aber ohne Obergrenze, wie Ihr Aargauer Polizeidirektorenkollege Urs Hofmann vorschlägt?

Ja, mit Auflagen und Schutzkonzept wie überall im öffentlichen Raum. Was immer an Abstands- und Hygienevorschriften nötig ist, um die wichtigen Grundrechte der Meinungsäusserung und Demonstration in Zeiten der epidemiologischen Entspannung zu legalisieren. Sei es Maskentragpflicht, Re-



St. Galler SP-Regierungsrat und Polizeidirektor Fredy Fässler. Bild: Regina Kühne

gistration der Teilnehmenden oder Ordnung mit 50er-Blöcken. Wir fahren ja wieder im Zug, also lässt sich das mit gutem Willen auch im Freien organisieren.

### Abgesehen vom Sturm im Wasser-glas über den Titel: Was hatten Sie für Reaktionen zum Interview?

Solche, die bezeugen, dass das Rassismus-Problem wesentlich dringlicher ist als angenommen. Wenn mir Leute vorwerfen, Rassismus gebe es «wegen Typen wie mir», ist eine Debatte wirklich nötig. Wie im Interview gesagt habe ich nicht das Gefühl, dass wir in der Schweiz ein Volk von Rassisten sind. Aber verletzend, ausgrenzende und herabsetzende Aussagen in den Reaktionen belegen die vorhandenen rassistischen Tendenzen.

### Wie kommt es eigentlich zu Ihrem Einsitz in der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus?

Das war ein Vorschlag der Polizeidirektorenkonferenz, das Thema interessiert mich und so habe ich mich beworben. Seit 2013 vertrete ich in dieser Kommission unsere Konferenz. Es ist eine bunte gemischte Gruppe und ein Abbild der ganzen Schweiz.

### Inwiefern hat der Schock des Konzerts mit 6000 Neonazis im Oktober 2016 im Toggenburg Sie und die St. Galler Polizei für das Thema sensibilisiert?

Klar, das erhöhte die Aufmerksamkeit, wenn man so will. Der unliebsame Aufmarsch mit Hitlergrüssen im Kanton St. Gallen hat uns lange beschäftigt, die Polizei war überrascht und ohnmächtig. Und Ohnmacht ist kein Zustand: Wir müssen mit solchen Ereignissen umgehen können.

### Gab es einen rassistischen Vorfall, der Sie persönlich betraf?

In meiner Zeit als Anwalt kam ein Mann in mein Büro, der wegen einer heftigen Platzwunde in Spitalbehandlung war. Es war die Folge einer bahnpolizeilichen Anhaltung. Doch nicht die Polizei habe ihn geschlagen, erklärte er mir, sondern er selber habe sich die Wunde zugefügt, indem er mehrfach den Kopf an die Wand schlug – wütend wegen der Ungerechtigkeit, als Dunkelhäutiger als angeblicher Drogenhändler auf Verdacht hin kontrolliert zu werden. Obwohl unbelastet und schuldlos, verletzte er sich schwer. Der Mann zögerte dann ein Jahr, bis er Anzeige erstattete. (mel)